

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Montags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graubauer Str. 6/8, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 10. 2.50, pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 7745.

Volkswacht

Insertionsgebühren: Bezugs für die erscheinende Zeitungs- oder deren Raum 20 Pfennige, für Bezugs- und Veranlagungsgebühren 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Organ für die werkhätige Bevölkerung. Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 120.

Mittwoch, den 25. Mai 1898.

9. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

Die Leutenoth im Osten.

Die großen Herren des Ostens besleichen sich einer ziemlich gemäßigten Sprache, wenn im Reichs- oder Landtage der ländliche Arbeitermangel zur Erörterung steht. In der Landtagsstube zu Königsberg aber ist das anders. Dort sind sie unter sich, und frisch und frei bekennen sie sich dort zu dem Grundsatze: „Bovon das Gefäß ist gefüllt, davon es sprudelt und überquillt.“ Offen wird dann ausgesprochen, daß der Abzug nach dem Westen, die unbeschränkte Freizügigkeit und die nichtsmüßige Socialdemokratie die Ursachen seien, welche Ostpreußen mehr und mehr veröden lassen.

Der Abzug nach Westen und die Freizügigkeit sind für die Landlords des Ostens nicht einzuha. Unter dem Abzuge verstehen sie in erster Linie die Rekrutierung für die Garde, und da die Garde in und um Berlin steht, und ein Gardemann selten die blauen Seen Masuren und die grünen Wälder Litthauens wieder sieht, so ist der Ausdruck in seiner Verachtung nicht unedel gewählt. Doch wenn die Herren auch in ihrer Sprache den herrschenden Anschauungen und Anforderungen zart entgegenkommen, so sind sie sich doch einig, daß das Garde-Rekrutierungs-System mehr als jeder andere Umstand für die Entvölkerung des äußersten Ostens verantwortlich zu machen sei.

Der Ostpreuße ist für den modernen Militärstand wie geschaffen. Er ist leiblich groß und stark und abgehärtet, und geistig ist er kuhherfromm und königsreu. Sein größter Vorzug aber ist, daß er in seiner Abgeschlossenheit von der Socialdemokratie nur wie von einer Klippe von Menschen gehört hat, die nicht werth seien, den deutschen Namen zu führen.

Der ostpreussische Rekrut zieht Gott und König ergeben nach Berlin, denn Gott und König ergeben sind auch seine Brüder dorthin gezogen. Er thut dort wacker seine Schuldbildigkeit, und wenn ein Grenadier wegen tapferen Schießens in der Hagenhaide oder anderswo zum Gefreiten befördert wird, so ist dieser Kriegsmann gewöhnlich in Litthauen oder Masuren zu Hause. Alles jedoch ist vergänglich, und auch die zweijährige Dienstzeit geht vorüber. Ist sie aber zu Ende, so sehnt sich der Ostpreuße keineswegs — und das ist der bittere Wermuthstropfen in dem militärischen Begeisterungskelche der Herren — nach dem Inthauschen an dem Pregel und nach dem Spirdingsee zurück, sondern er bleibt in Berlin oder er zieht weiter nach Westen, sich redlich zu nähren.

Aber Ostpreußen muß doch auch Garnisonen haben. Freilich, und dem lieben Nachbarn im Osten zu Liebe sind selbst die kleinsten Städte mit Militär stark belegt worden. Die Garnisonen aber rekrutieren sich aus Berlin, Hamburg und Breslau, und die Socialdemokratie ist für die ostpreussischen Junker der Uebel größtes. Die Heeresleitung mag weise thun, wenn sie den socialdemokratischen Nachwuchs der großen Städte nach dem Osten verschiebt, denn dort ergeht es ihm wie der Trichine, die aufhört, gefährlich zu sein, sobald sie eingekapselt wird, allein den Landlords gefällt diese Weisheit durchaus nicht. Allerdinge verbleiben etliche Reservisten im Lande, nämlich diejenigen, die sich an litthauische und masurische Mädchen gehängt haben, aber es dauert nicht lange, und auch sie folgen dem Zuge der Sonne. Ein Socialdemokrat bringt es eben auf die Dauer nicht über sich, an Töpfen sich zu erfreuen, die alles andere eher als Fleischlöcher sind,

und obendrein noch dem gnädigen Herrn, falls er gestraft wird, die züchtigende Hand zu küssen.

Die Freizügigkeit geht nicht nur von Osten nach Westen, sondern auch von Westen nach Osten. Man hat denn auch versucht, westliche Arbeitskräfte für die östliche Landwirtschaft zu gewinnen. Diese Leute aus dem Westen sind jedoch, wie Herr v. Dörben im Königsberger Landtag klagt, böse, schlechte Menschen. Schon bei der Anwerbung fragen sie, wie der Dienst und die Kartoffeln seien, und was dergleichen Dummenheiten mehr sind, und wenn sie an Ort und Stelle sind, so finden sie die Wohnung schlecht, die Nahrung schlecht und ganz besonders den Lohn schlecht. Undankbar werden sie dem schönen Osten den Rücken, und kein Genbarm ist da, der sie zu halten vermöchte, und kein Gesetz, das sie mit den Paragraphen der Gefinordnung bannet. Die Leutenoth in Ostpreußen ist groß, und Herr v. Miquel dürfte getroffen ein Einsehen haben.

Sind die Löhne aber wirklich so gering? Sie sind, wie Herr v. Dörben unter dem Veisfall seiner Standesgenossen verächtliche „ins Ungemessene“ gesunken, denn „der Jahresverdienst der Instleute und verheiratheten Knechte beträgt beinahe 350 Mark“.

In diesen Löhnen hängt der ganze Fluch der Leutenoth des Ostens. 350 Mark! Die großen Güter haben sich gar kräftig um die Städte gruppiert, allein wie könnte sich das städtische Proletariat durch solche Löhne verkostet fühlen, die schwere Feldarbeit zu versuchen? Die Bauern aber haben mit sich selber genug zu thun, und dazu hat sich ihre wirtschaftliche Lage derartig gebessert, daß sie es nicht nötig haben, auf die Güter frohnen zu gehen.

Der Staat könnte allerdings der Leutenoth ein Ende machen, wenn er den polnischen Arbeitern die Grenze dauernd öffnen möchte. Diese Arbeiter gefallen den Herren vom Großbesitz sehr. Sie fragen nicht nach der Härte des Dienstes und der Güte der Kartoffeln, sondern sie kommen, und wenn sie da sind, so fallen sie wie die Thiere — Herr v. Dörben versichert es — über die Milchtröge her und begehren nicht einmal einen Becher oder ein anderes Trinkgefäß. Diese Arbeiter aber duldet die Regierung nicht, weil sie — Polen sind und Ostpreußen nicht polnisch versucht werden darf.

Zur Lebensmittelvertheuerung.

Getreidepreise. In Amerika hat die Haufe mit neuer Kraft eingelekt und vom 16. bis zum 23. Mai den Preis um 32 Mark pro Tonne hinaufgetrieben, so daß, auf Berlin umgerechnet, der Preis für amerikanischen Weizen am Montag 312 Mk. betrug. In Berlin wurde eine Preiserhöhung notirt, aber die Umätze bleiben trotzdem ganz gering. In der Dresdener Productenbörse wurde am Montag für Weizen 241–248 Mark, je nach Qualität, für Roggen 173–178 Mark notirt.

Die Steigerung der Brotpreise hält weiter an. In Chemnitz wurde der Preis für das 6-Pfund-Brot auf 78 Pf. erhöht. Der Brotpreis ist in kurzer Zeit von 62 auf 78 Pf., also um 16 Pf., oder um beinahe 3 Pf. das Pfund gestiegen.

In Aachen kostet das vierpfündige Brot gegenwärtig 40–42 Pf., das bedeutet eine Steigerung von 8–10 Pf. innerhalb 3 Wochen. Die Brötchen haben den Preis beibehalten, ebenso das in der Stadt käufliche Commißbrot, aber das Gewicht ist geringer geworden.

In Dresden kosten 2 Pfund Brot der Dresdener Brotsfabrik: 1. Sorte 28, 2. Sorte 26, 3. Sorte 24 Pf. Die Niedersiedlitzer und Plauensche Fabrik verkaufen 3. Sorte zu 26 Pf.

Zu der Steigerung der Brotpreise kommt nun noch eine Steigerung der Fleischpreise. Die Ausfuhr von frischem Fleisch soll nach der „Allgemeinen Fleischzeitung“ von den Vereinigten Staaten von Amerika verboten worden sein. Eine Bekätigung dieser Nachricht liegt bisher nicht vor. Wenn sie erfolgt, werden unsere „volksfreundlichen“ Agrarier vergnügt schmünzeln.

An der schweizerisch-deutschen Grenze haben sich recht interessante Handelsbeziehungen herausgebildet: Im Grenzgebiet darf jede Haushaltung pro Tag 6 Pfund Brot zollfrei aus der Schweiz einführen. Seit dem Steigen der Preise wird von dieser Vergünstigung fleißig Gebrauch gemacht. Ende vorigen Jahres waren 1229 Erlaubnißkarten zur zollfreien Broteinfuhr ausgeheft, bis zum 20. Mai waren es bereits 1792 geworden. Der Grund ist der, daß die schweizer Bäder zwar auch den Brotpreis aufgeschlagen haben, aber nicht so hoch wie die deutschen. In Constanz kostet Roggenbrot 30 Pf. pro Kilo. Weizenbrot 38 Pf. Jenseits der Grenze ist es um 2 Pf. pro Kilo billiger, außerhalb des Grenzgebietes aber um 2 Pf. theurer. Ein Beweis, daß die Bäder in Constanz nur deshalb einen größeren Preisaußschlag machen, weil sie die Concurrenz der Schweizer davon abhät. Dabei deziehen aber die Schweizer in jenen Gegenden viel Weizen und Roggen aus über Deutschland. Wie erklärt es sich also, daß sie billiger backen können. Ganz einfach: das Getreide in der Schweiz ist billiger, weil es keinen Zoll zahlt und außerdem ist die Frucht nach Kreuzlingen-Ermisshofen (in der Schweiz) niedriger, als die Frucht nach Constanz. Wer hier noch nicht den Wahnsinn der deutschen Zoll- und Handelspolitik einseht, dem ist nicht mehr zu helfen.

Die diesjährigen außergewöhnlichen Coniuncturen im Getreidehandel haben, was bisher noch nie der Fall war, ostindischen Weizen nach Triest herangezogen. Die erste Ladung heutiger Fracht, bestehend aus 2100 Metencentnern Weizen, ist mit dem Dampfer „Imperator“ aus Bombay in Triest angelangt. Weitere Sendungen via Adria-häfen dürften folgen.

Die italienische Regierung hat zwar die Zollerhöhung aufrecht erhalten, aber vom 21. Mai die 50 Procent Frachtermäßigung auf Getreidefrachten aufgehoben, angeblich, weil dieselben bloß für die Speculanten vorthelhaft war.

Ein Specialberichterfasser des „Temps“ meldet aus Malaga, daß er sich auf einer Reise durch fast sämtliche Provinzen Spaniens persönlich von den außerordentlich günstigen Ernte-Aussichten habe überzeugen können. Die Ernte würde nicht hinter der des Jahres 1880, die ausnahmsweise plägend war, zurückbleiben. Das Brotorn auf den Feldern wäre bereits in einigen Tagen schnittreif. Mittlerweile habe das Elend der armen Bevölkerung in den Provinzen aber einen hohen Grad erreicht und erst die Erntearbeiten würden die drohende Hungersnoth verhindern. In den südlichen Provinzen leben etwa 75 000 kleine Bauern, die jetzt ihren Lebensunterhalt als Tagelöhner verdienen müssen, da ihr Eigenthum vom Fiskus confiscirt wurde, weil die Besitzer keine Steuern zahlen konnten. Die Lagen auf Bodenerzeugnisse wären hauptsächlich Ursache der Unzu-

Zum Glück der Damen.

Roman von Emile Zola.

Uebersetzt von Dr. H. Hofé.

(In Buchform erschienen bei V. Griebenfeld & Co., Berlin.)

43) Nachdruck verboten.

So verging der Winter und Denise erhielt endlich dreihundert Francs festen Gehalt. Es war die höchste Zeit, denn ihre belden Schuhe hielten nicht länger. Im letzten Monat war sie gar nicht ausgegangen, um zu verhindern, daß sie nicht plötzlich zerplatzen. An dem Tag an dem sie in neuen Stoffstiefeln hinabkam, die sie mit fünf Francs bezahlt hatte, drückten Marguerite und Clara ihre Verwunderung halb laut, jedoch so an, daß sie noch gehört werden konnten.

— Sieh da! Die schlecht Bekämnte hat ihre Galoschen abgelegt! sagte die eine.

— Ach, bemerkte die andere, das muß ihr Thränen gekostet haben. . . . Es waren die Galoschen ihrer Mutter.

Man war übrigens allgemein über Denise em.ort. In der Abtheilung hatte man entdeckt, daß sie mit Pauline befreundet sei, und man sah in dieser Zuneigung zu einer Verkäuferin aus der feindlichen Abtheilung eine Herausforderung. Die Fräulein sprachen von Verrat, beschuldigten sie, daß sie jede ihrer geringsüßigen Versicherungen ihrer Freundin hinterbringe. Der Krieg zwischen Wäsche und Confection wurde dadurch auf's Neue angefaßt, noch nie zuvor war er so erbittert geführt worden wie jetzt: grobe Worte wurden gewechselt, und eines Abends setzte es sogar hinter den Scandencarion eine Dyrseige. Und an Allem war diese Denise schuld!

— Meine Fräulein, nur keine gemeinen Ausdrücke! Halten Sie an sich! sagte Madame Aurelie mit würdevoller

Miene inmitten des entfesselten Jornes ihres kleinen Volkcs. Zeigen Sie wer sie sind.

Sie zog es vor, sich in solche Streitigkeiten nicht zu mengen. Wie sie eines Tages auf eine Bemerkung Maourets erwidert hatte, waren diese Damen eine so viel werth wie die andere.

Doch mit einem Mal begann sie sich dafür zu interessieren, als sie aus dem Munde Bourdoncles erfahren hatte, daß er in einer dunklen Ecke im Souterrain ihren Sohn dabei ertappt habe, wie er eine Verkäuferin aus der Wäsche-Abtheilung umarmte. Das war abschaulich, und sie beschuldigte hartnäckig die Wäsche-Abtheilung, ihrem Albert eine Falle gestellt zu haben; ja, der Streich war gegen sie gemünzt, man suchte sie zu entehren, indem man ihr unerfahrenes Kind verdarb, nachdem man sich überzeugt hatte, daß man ihrer Abtheilung nichts anhängen könne. Sie machte nur deshalb so großen Lärm, um die Sache zu verwirren, denn in Bezug auf ihren Sohn gab sie sich keinen Illusionen hin, sie hielt ihn jeder Dummheit fähig. Einen Augenblick schien die Affaire ernst zu werden, denn Mignot aus der Handschuh-Abtheilung war daren verwickelt; er war Alberts Freund und begünstigte seine Geliebten, die er an ihn wies, blondhaarige Mädchen, die stundenlang in den Cartons herumwühlten; und man sprach auch von einem Paar schweißiger Handschuhe, die der Verkäuferin in der Wäsche-Abtheilung geschenkt worden, von wem wußte man nicht. Schließlich wurde der Scandal unterdrückt aus Rücksicht auf die Vorkcherrin der Confections-Abtheilung, die Maouret selbst mit Achtung behandelte. Bourdoncle beschränkte sich darauf, acht Tage später unter irgend einem Vorwand die Verkäuferin der Wäsche-Abtheilung, die sich hatte umarmen lassen, zu verabschieden.

Und wieder war es Denise, die unter diesem Vorfall zu leiden hatte. Obwohl Madame Aurelie über Alles gut unterrichtet war, bewahrte sie doch gegen Denise einen geheimen

Groll; sie hatte sie mit Pauline lachen gesehen und vermuthete dahinter Klatschereien über die Liebchaften ihres Sohnes. Fortan isolirte sie das junge Mädchen in der Abtheilung noch mehr. Schon seit langer Zeit trug sie sich mit dem Plan, an einem Sonntag die Fräulein aus Rigolles in der Nähe von Rambouillet zu führen, wo sie für die ersten 100,000 Francs, die sie erpart, ein Gut gekauft hatte, und nun beschloß sie plötzlich, um Denise zu strafen, sie dabei zu übergehen. Sie allein wurde nicht eingeladen. Schon vierzehn Tage vorher sprach man in der Abtheilung von nichts Anderem als von diesem Ausflug: man betrachtete den Himmel, von dem schon die Maisonne ihre erwarmenten Strahlen niederbandte, man bestimmte im Voraus, was in jeder einzelnen Stunde geschehen sollte, und versprach sich alle möglichen Unterhaltungen, Mitte auf Eseln, Milch mit Schwarzbrod zc. Und das Paradies war, daß nur Frauen zugegen sein sollten! Madame Aurelie hatte kurzweg erklärt, der Anstand verbiete die Theilnahme Alberts an dem Ausflug nach Rambouillet, und auch der Vater würde sich nur taüvoll benehmen, wenn er seine Betheiligung ablehnte. Beide waren darüber entzückt. Doch der Bonnetag nahte heran, die Damen wurden nicht müde, von ihren Toilettevorbereitungen zu sprechen, gleich als ob sie sich sechs Monate verreisen wollten, und Denise mußte in ihrer Verlassenheit bleich und schweigend alles mit anhören.

— Nun, man will Sie wohl müthend machen? frag eines Tages Pauline. Ich an Ihrer Stelle würde Ihnen einen Strich durch die Rechnung machen. Sie unterhalten sich, ich würde mich auch unterhalten, weiß Gott! . . . Kommen Sie Sonntag mit uns, Bauge fährt mich nach Joinville.

— Nein, ich danke, erwiderte das junge Mädchen mit seiner ruhigen Standhaftigkeit.

friedeheit im Lande. Gegenwärtig liegen 75 000 kleine Besitzungen, deren Eigentümer jetzt der Staat ist, vollständig brach.

Gegen das Reichstagswahlrecht!

Dieser Tage hat der Centrumsabgeordnete Maller-Fulda, der die Miquel'schen Wahlentwurfungspläne enthüllt hat, in Fulda nachmals erklärt:

Er könne positiv versichern, daß die Absicht vorhanden sei, ein anderes Wahlrecht für den Reichstag einzuführen. Wenn das abgelehnet werde, so habe die Ablehnung nicht viel zu bedeuten; es sei schon mehrmals etwas offiziell abgelehnet worden, was sich bald nachher als richtig herausstellte. So habe man im Jahre 1893 bei Beratung der Militärvorlage abgelehnet daß der Plan bestehe, die Tabaksteuer zu erhöhen, und schon im Jahre darauf habe man die Tabakfabriksteuererhöhung abgelehnt, die 50 Millionen Mark mehr einbringen sollte. Gerade so sei es jetzt. Wenn man jetzt vor den Wahlen ausgebe, daß man das Wahlrecht abändern vor habe, dann würde das Volk sich im großen Massen dagegen erheben. Nicht dies das Wahlrecht (siehe in Gefahr, sondern auch das Vereins- und Versammlungsrecht und das Freizugsgesetz. Ebenso würde der Kulturkampf wieder neu entfacht werden, wenn die Politik der Sammlung, eine Neuaufgabe des alten Cartells, aus Rinder käme.

Zu diesen Äußerungen bemerkt die „Germania“, das Berliner Centrumsblatt:

Wenn gegenüber dieser ersten Behauptung abermals Abänderungsversuche gemacht werden sollten, so wird schließlich nichts übrig bleiben, als die Fäden völlig aufzudecken, die gegen das bestehende Wahlrecht gespannten worden sind. Es wäre dabei allerdings unerlässlich, daß Namen genannt würden, auch wenn zeitliche Beamte in Frage kämen.

Wenn die „Germania“ in der Lage ist, die Fäden völlig aufzudecken, die gegen das bestehende Wahlrecht gespannten worden sind, so ist es ihre Pflicht, diese ungeheuren Missethaten zu thun und den Wahlrechtsthürnen die Maske vom Gesicht zu reißen.

Arbeiter, Wähler, Ihr seid gewarnt! Die Volkseindebrängen zum Conflict, zum Raub Eurer Rechte. Nieder mit der Reaction!

Die „bescheidenen“ Agrarier.

Nicht einmal Herr Miquel genügt den agrarischen Ansprüchen. Doch welcher Minister, der die staatlichen und fiskalischen Interessen nicht ganz und gar preisgibt, vermöchte das? Neuerdings haben die Bändler die großen Staatsmüllern in Bromberg mit Vorliebe aufs Korn genommen. Herr von Miquel gab schlie ßlich im Herrenhause die Erklärung ab, es sei den königlichen Mühlen befohlen worden, den kleinen Mühlen nicht Concurrenz zu machen. Darauf erwidert Herr Klapper in der „Deutschen Agrarzeitung“ mit der ganzen ihm auszeichnenden Dreistigkeit:

Nach dem Wortlaut ist diese Erklärung von vornherein nicht ernst zu nehmen, denn jeder Mehrverkauf dieser großen Mühlen bedeutet ein Concurrenz gegen andere Mühlen, und der Minister wird selbstredend diesem Befehl nicht den Sinn einer Betriebsaufhebung der königlichen Mühlen haben beilegen wollen.

Herr Klapper ist jedoch einem neuen Verbrechen gegen den agrarischen Selbsthaß auf die Spur gekommen. Die Staatsmüllern haben für die nächsten Monate, zum April sogar bis nächsten März, Weizen zum Preise von 28 bis 29 Mark pro 100 Kilo nach den märkischen Provinzialstädten zu liefern sich verpflichtet. Das würde einem Einkaufspreise des Weizens von 190-195 Mk pro Tonne entsprechen, also etwa dem Preise im letzten Januar und Februar, während heute für den Weizen 260 Mark und mehr gezahlt wird. Das die Mühlen in der billigen Zeit Weizen für ihre Vorrathsämmer erworben haben sollten, um daraus die consequent festgesetzten Weizenlieferungen an Händler, Fäden und große Anstalten beforschen zu können, glaubt Herr Klapper nicht, und wohl mit Recht. Ein ähnlicher Verdacht liegt doch in ihm auf: „Die Bromberger Mühlen haben für den 29. März 190 Mark Weizenpreis calculirt. Weizenpreis von 29 Mark für ein volles Jahr dadurch sich versichert, daß sie, wie es an einer ausländischen Börse, sei es an der verbotenen Berliner Klosterbörse, im bestenmäßigen

Termingeschäft sich eingedeckt haben. Herr Klapper findet darin „eine unerhörte, jobberische Speculation“, die aber in Einklang stehen würde mit der sonstigen regierungsseitigen Panthabung des Börsegesetzes! Die „Deutsche Tageszeitung“ benützt den Anlaß natürlich ihrerseits sofort, um von der Regierung eine schleunige Erklärung zu verlangen. — Dieses tagtäglich sich wiederholende Frage- und Antwortspiel zwischen einer hochmüthigen Kornwuchererhülle und einer jedes Mal kleinlaut sich entschuldigenden Regierung gebietet nachgerade zu den beschämendsten Erscheinungen der Gegenwart.

Kommt Lucanus? Klager, Steuerzahler, der alte Miquel muß das Bett hüten. Er leidet angeblich an einer scharfen Halsentzündung und hat in Folge dessen alle Conferenzen und alle Empfänge abbestellt. Sein Arzt hat ihm in Bezug auf das Sprechen unbedingte Schonung aufgelegt. Da kann der Arme keine Sammlungen geben. Die Krankheit ist doch nicht etwa ministeriell, und Lucanus wird sie doch nicht etwa heilen?

Bauernfänger. Die „Kölnische Volkszeitung“, das rheinische Centrumsblatt, schreibt deutlich und unverhohlen über den Antrag Kanig:

Über den viel besprochenen Antrag Kanig brauchen wir uns weiter nicht auszulassen. Es ist demüthiger Humbug von Bauernfängern. Seine Abweisung und seine unerträglichen socialen, politischen und finanziellen Folgen sind unübersehbar. Es gehört eine starke Dosis Verblendung dazu, in diesem Augenblicke mit diesem unheimlichen Project wieder vor die Oeffentlichkeit zu treten. Bei unbekanntem Verordnungsverfahren mag man damit ja einigen Wahlerfolg haben, im Uebrigen aber ist dieses dreifache Mandat nur den Interessen der Landwirtschaft schädlich.

Die Antragsteller und Antragsebfürworter sind also nach der „Köln. Volksz.“ Betrüger und Bauernfänger. Die „Köln. Volksz.“ erhebt gegen die Junker und Bündler den Vorwurf der Hochverrat. Was sagen die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ dazu?

Die kommende Reichstagswahl schafft allerlei unerwartete Neuerungen. Eine unverhoffte Annahmlichkeit ist, wie verschiedene Blätter melden, am Sonnabend einem großen Theil der Berliner Postanwaltschaften zu Theil geworden. In Folge einer eiligen Verfügung sind den Beamten „Verrechnungsbeträge“ in der Höhe von 30 bis zu 150 Mark ausgezahlt worden, und zwar kamen in Betracht diejenigen Unterbeamten, welche bereits am 1. April 1893 angestellt waren. — Wie es möglich ist, daß ein Irrthum in der Berechnung des Diensthalters, wie er jetzt gutgemacht werden soll, so lange nachher nicht bemerkt werden konnte, bedarf der Aufklärung.

Weiter wird aus dem Munde des Posthorns gemeldet: Vom nächsten Staatjahr ab sollen die Gehälter der Post- und Telegraphenbeamten in derselben Weise wie bei den meisten anderen Reichs- und Staatsbeamten vierteljährlich im Voraus bezahlt werden, während sie bisher nur allmonatlich voranzubehalten wurden. Dies geschieht aus dem Grunde, weil sämtliche Reichspostämter wegen der geradzigen Umfänge im Geldverkehr monatlich abrechnen und weil der frühere Staatssekretär Dr. von Starbke eine vierteljährliche Vorausbezahlung für nicht möglich hielt. — Ob's bei den Wahlen helfen wird?

Dem Verdienste keine Krone! Wer hat neben Sieber an einigen die Forderungen des Reichspatriotismus bejammert und für die Postenverlagerung im Centrum agitiert? Herr Spahn, der modere Jurist, er, der auch das Abgeordnete Geheiß in der Commission nach Galt durchgeführt hat. Dem wendet die demotisch-ökologische Angaburger „Abendzeitung“, der Rundschau habe beschloffen, für die freizewählende Stelle des Reichsgerichtsraths dem Centrumsabgeordneten Dr. Spahn, dem zweiten Vizepräsidenten des vergangen Reichstages, diebischen Kammergerichtsrath in Berlin vorzuschlagen. Ja, heil!

Als eine Art parlamentarischen Zwitter, der erst die zu fruchtbarer Arbeit nötige Gehirnsorgung erzeugt, stellt die „Köln. Volksz.“ die Socialdemokratie hin. Sie

Das preussische Abgeordnetenhaus ist unter den größeren Einzelkammern das einzige, in dem keine Socialdemokraten sitzen. Das es darum besser arbeite, ist nicht zu behaupten. Mit endlosen Reden wird gerade so viel Zeit vertrieben wie im Reichstage. Manches, was man da redet, würde man wohl für sich behalten, wenn man von socialdemokratischer Seite eine Antwort zu erwarten hätte. Oben würde etwas mehr socialer Geist in die Besprechung kommen, wenn sie unter fortgesetzter Kritik der Socialdemokraten arbeitete. Denn diese fürchtet man doch einigermaßen, während man sich um die Einwände von Reichsocialdemokraten wenig kümmert. Ein Paar socialdemokratische Rechte in dem Reichstage könnten gar nicht schaden.

Das kirchliche Blatt ist sicher entschiedene Feindin der Socialdemokratie. Aber es ist ehrlich genug, den Nutzen socialdemokratischer Kritik anzuerkennen.

Socialdemokratische Zukunftspläne bespricht die „Conf. Corresp.“, und sie will noch nicht recht einsehen, wie die Beseitigung von Noth, Elend und Sorge bewerkstelligt werden soll. Wir haben nicht die Absicht, die „Conf. Corresp.“ heute hierüber zu belehren. Wir möchten sie nur ersuchen, uns doch einmal eine kleine Vorlesung über „conservative Zukunftspläne“ zu halten. Wie sieht der conservative „Zukunftsstaat“ aus? Das ganze Land eine riesige Kaserne. Alle Staatsbürger zeit lebens in Compagnien geordnet und zum unbedingten Gehorsam verurtheilt. Der Junker commandirt die Bürger-Compagnie, wie er als Offizier die „Reis“ führt. Der Unterschied zwischen Bürger und Soldaten ist nur der, daß der Staatsbürger Steuern zahlt und den conservativen Herren ein arbeitsloses Leben erarbeitet.

Musland.

Die Wahlen in Belgien.

Die Hauptschlacht ist geschlagen und hat der Socialdemokratie einen glänzenden Erfolg gebracht. Es handelte sich bei dieser Wahl für die Socialdemokratie darum, ob sie den 1894 im mächtigen Anlauf genommenen großen Verfallstand sich würde erhalten können. Die Klerikalen boten alles auf, um die damaligen Verluste wieder wett zu machen. Ferner war die Hauptfrage des Wahlkampfes, ob es den Liberalen, deren Macht seit 1894 rapide herabging, gelingen würde, sei es gegenüber den Socialisten, sei es gegenüber den Klerikalen, ihre alten Positionen einigermaßen wiederherzustellen.

Die Resultate der Wahl sind freilich erst zum Theil bekannt, aber auch jetzt zeigt sich schon, in welchem Umfange der Einfluß der Socialdemokratie gewachsen ist. Der „Vorwärts“ berichtet:

In Charleroi wurden 8 Socialisten gewählt mit 6000 Stimmen Majorität. 1894 siegte die Partei erst in der Stichwahl mit den Katholiken

In Mons 6 Socialisten gewählt mit 500 Stimmen Majorität.

In Tournai wurden 1894 im zweiten Wahlgang 4 Katholische gewählt. Unsere Stimmen stiegen seit 1894 von 3900 auf 6000. Die beiden gegnerischen Candidaten verloren bedeutend an Stimmengahl. Es findet Stichwahl zwischen Katholiken und Liberalen statt. Nehmlich ist das Verhältniß in Ath; auch dort Stichwahl zwischen Katholiken und Liberalen, aber Rückgang beider an Stimmen, Fortschritt der Socialisten von 3000 auf 7000 Stimmen.

Soignies ist bisher durch 3 Socialisten vertreten gewesen, die im zweiten Wahlgang siegten. Im ersten Wahlgang 1894 erhielten dieselben 15 800, die Liberalen 14 600, die Klerikalen 18 600 Stimmen. Jetzt ist das Resultat: Socialisten 22 500, Liberale 14 770, Klerikale 15 850. Also ebenfalls großer Fortschritt der Socialisten, Rücktritt der Klerikalen.

In Thuin wurden 1894 gewählt 1 Katholik, 1 Liberaler, 1 Socialist; diese Parteien hatten in gleicher Folge folgende Stimmengahlen: 18,400, 17,000, 11,000. Jetzt haben die Socialisten 18,000, die Klerikalen 16,000, die Liberalen 14,000.

In der Provinz Lüttich hatten 1894 die vereinigten Socialisten und Radikalen die 11 Sitze des Bezirks Lüttich gewonnen. Von dort liegt uns das genaue Resultat noch nicht vor, doch wird, wie 1894, Stichwahl stattfinden. In Waremm wurden 1894 2 Katholiken gewählt. Jetzt ist Stichwahl zwischen denselben und den vereinigten Socialisten und Liberalen. In Quyn gewonnen 1894 die Liberalen die beiden Mandate in der Stichwahl. Jetzt siegten die Liberalen mit den Socialisten verbündet im ersten Wahlgange über die Klerikalen. Biersiers war durch 4 Socialisten vertreten, welche in der Stichwahl siegten. Hier hat die Partei jetzt Verlust zu verzeichnen, sie ging von 18,000 auf 15,736 Stimmen zurück, die Liberalen und Klerikalen gewannen einige hundert Stimmen.

In Gent, dem Hochsitz des Klerikalismus, siegte wiederum diese Partei mit großer Majorität. In Alost siegte gleichfalls die vier katholischen Candidaten über die christlichen Demokraten und das liberal-socialistische Cartell. Oben in Audenarde drei Katholiken.

In der Provinz Limburg hatte die Socialdemokratie 1894 überhaupt noch nicht in den Kampf eingegriffen; jetzt erhielt in Tongres der Candidat der Partei 11,000 Stimmen, zwei gegnerische Candidaten siegten mit 16 bis 17,000 Stimmen.

Der „Schlesischen Zeitung“ wird über den Wahlausfall geschrieben:

Der Allem muß hervorgehoben werden, daß die Regierungsverantwortung in der letzten von ihr besessenen Mandate in den westlichen Provinzen verloren hat. Allzulebt ist bei der letzten Wahlfeststellung noch eine Stichwahl notwendig. Aber die kirchliche Presse erkennt selbst an, daß es sich hierbei nur um eine Formelhandlung handelt. Die ultramontanen Candidaten werden in den von ihnen bisher vertretenen hennegauischen und lüttichischen Wahlbezirken so geringe Hindernisse, daß sie diese Wahlbezirke schon für verloren geben. Die zehn Kammerfähigen dieser Wahlbezirke werden den Liberalen zufallen. Die Regierungsverantwortung wird dadurch eine theilweise Schwächung um zehn Mandate, wodurch sie die Zweidrittelmehrheit um Parlamente verliert. Die moralische Niederlage der Klerikalen brüht sich in dem Rückgange ihrer Stimmengahl in denjenigen südniederländischen und limburgischen Wahlbezirken aus, in welchen sie seit Jahren sehr bedeutend zurückgegangen. In Gent, Audenarde, Alost und Turnhout haben die Ultramontanen Tausende von Stimmen ein-

... Und weshalb denn? ... Sie bestanden noch immer man könnte Sie mit Gewalt zur Liebe zwingen.

Und Pauline lachte anmüthig. Auch Denise lachte. Sie wußte nur zu gut, wie es empfänglich zu werden pflegte: jede dieser Damen hatte auf einer solchen Saucaparte ihren ersten Scherben gelernt, ein Fremder hatte ihn ihr selber zufällig mitgebracht. Und das wollte sie nicht.

— Man, sagte Pauline fort, ich schmeckere Junker, daß Paule kennen werden mitbringen wird. Wir drei stehen allein hier. ... So will Sie gewiß nicht wider Ihren Willen verheirathet.

Denke ich, sagte noch, aber ihr Verlangen war so groß, daß ihr das Blut in die Wangen stieß.

— Wer denn ja! jagte sie endlich.

Dann wurde alles verdrängt. Paule sah die Damen von sich auf dem Gauleingang erwarten; von dort würden sie in einem Finken nach dem Bahnhof zum Vincennes fahren. Denise, von 25 Francs jeder Gehalt allmonatlich für die Bekämpfung der Kinder angingen, konnte nur ihr altes Schicksal Prellschiff ein wenig aufrühren, indem sie es um Strohstrich hinterher Popeline anregte, auch hatte sie sich selbst einen Hut verfertigt, eine Art Capotte, mit Besatz überzogen und mit blauen Bänder garnirt. In diesem einfachen Anzug hatte sie ein sehr jugendliches Aussehen, sie sah aus wie ein nach erwartendes Mädchen, ärmlich sauber, etwas verlegen wegen der nicht ihrem hübschen hübschen herausschauenden Gesicht. Pauline dagegen glänzte in einer leichten Halbjacke mit violetten und weißen Streifen, einem dazu passenden Fächer, lang Schuhen am Fuß und an den Haaren, so wie vollständigste Kombinationen sich zu zeigen pflegte.

gebildet. Im hiesigen Wahlbezirk Longres geschah sogar das Unerwartete, daß ein von den Liberalen unterstützter sozialistischer Demokrat gewählt wurde. Es geht also sehr bergab mit der ultramontanen Herrschaft in Belgien.

Im gleichen Maße, wie der Liberalismus hier zu Lande niedergedrückt, zeigt sich leider immer deutlicher der unumschätzbare Aufstieg der Socialdemokratie. Wie im Jahre 1894, so sind auch jetzt die Socialisten die wahren Sieger im Wahlkampfe geblieben. Ihre Stimmzahl hat einen geradezu erschreckenden Zuwachs erfahren. Im Wahlbezirk Charleroi allein haben sie seit vier Jahren ungefähr 20,000 Wahlstimmen gewonnen. Der Gesamtzuwachs der socialistischen Stimmen übersteigt hunderttausend. Selbst in rein liberalen Wahlbezirken haben sie überraschende Mehrheiten erringt. Sie werden ihre bisherigen Kammermandate nicht bloß siegreich behaupten, sondern aller Voraussicht nach bei den Stichwahlen noch vier bis fünf Mandate gewinnen, eine Thatfache, die nur geeignet ist, ernste Befürchtungen zu erwecken, weil sie die Gefahr einer socialdemokratischen Kammermehrheit in Belgien bedenklich näher bringt.

Wir wissen den Schmerz des conservativen Blattes über den Angefichts der bevorstehenden deutschen Reichstagswahlen doppelt bedeutsamen Sieg unserer Parteigenossen in Belgien voll und ganz zu würdigen.

Aus Brüssel wird noch telegraphiert: Die Socialisten, Liberalen und Radikalen schlossen ein Wahlcartell für die Stichwahlen am nächsten Sonntag, wodurch die liberale Wahluniederlage besiegelt werden wird.

Die Wahlen in Frankreich.

Die Parteien in der neuen Kammer haben folgende Regierungerepublikaner einschließtlich der 37 Befehreten 292, also mehr als die Mehrheit aller Sitze, Radikale und Radikalsocialisten 177, Socialisten 57, also rein republikanische Regierungsgegner zusammen 233; offene Monarchisten 45, reine Antisemiten 9. 275 Abgeordnete, die der vorigen Kammer angehörten, haben sich in die neue herübergerettet, 204 sind neue Männer, 142 frühere Abgeordnete haben sich freiwillig zurückgezogen oder wurden im ersten Wahlgang geschlagen. Am Sonntag unterlagen 62 bisherige Abgeordnete, die wieder als Bewerber aufgetreten waren. Es wurden gewählt: Paul de Cassagnac, de Lanessan, der verschollene Wilson, Grevy's berühmter Schwiegersohn. Ungültig unterlagen der amtierende Colonie-Minister Andre Lebou, der durch seine Befehdung von Dreyfus zu Weltruf gelangt ist und nun nach feststehendem Brauch sein Vortragsniederlegen muß, der amtierende Unterrichtssecretar Delpuch, die gewesenen Minister Develle und Darlan, Flourens, Joseph Reinach, der französische Muselman Doctor Grenier, der gewesene Unterrichtssecretar im Auswärtigen Amte und Leitartikler der Debats Francis Charnes, Boissy d'Anglas, der socialistische Gutmacher Fabrot, die Socialisten Gerault-Richard und Michelin.

Von den Nichtabgeordneten, die als Bewerber auftraten und geschlagen wurden, sind die bekanntesten Maurice Barrés, der ehemalige Polizeipräsident Andrieux, der berühmte Boulanger Georges Thiebaut, der Austreibungs- und Verbrennungs-antisemit de Cabran de Pontevés. Die Antisemiten vereinigten viele Tausende Stimmen auf sich.

Obgleich die ministeriellen Blätter ausrechnen, daß die Regierungs-Republikaner und Radikalen in der neuen Kammer über 292 Stimmen verfügen, was drei Stimmen mehr als die Hälfte der gesammten Stimmzahl wäre, scheint diese Majorität noch keineswegs so fest zu stehen. Mehrere Blätter suchen heute darzulegen, daß die Regierungspartei auch im Bunde mit den Radikalen in der Minorität bleibt. Die Zahl derjenigen mehrt sich, welche eine baldige Demission des Cabinets Méline prophezeien. Vielleicht wird schon der nächste Ministerrath, in welchem über das Demissiongesuch des nicht wiedergewählten Colonie-Ministers Lebon berathen werden soll, über das Leben oder Sterben des Cabinets entscheiden.

Die neue Kammer tritt am 1. Juni zusammen. Jean Jaurès wird mit seinem Wahl-Lebens-Genossen Gerault-Richard die Leitung der socialistischen „Petite Republique“ gemeinsam übernehmen. Jaurès wird nur noch für dieses Blatt schreiben und wöchentlich drei Artikel liefern.

Vor der Redaktion der „Petite Republique“ hat die Arbeiterchaft am Abend des Stichwahltages demonstriert. Gerault-Richard sprach vom Balkon: „Wir kämpfen fort, wie bisher. Für das Volk, gegen die Canaille! Für die Republik, gegen Säbel und Weihwedel! Hoch die sociale Republik!“

Der weiße Schrecken in Italien.

Die Militärdespote wüthet nunmehr mit unumschränkter Gewalt in dem schönen und doch so unglücklichen italienischen Lande. Bürgerliche Blätter berichten:

Vor dem Mailänder Kriegsgericht kamen zunächst die leichteren Fälle der Unruhen zur Verhandlung: 10 Individuen, welche während der unblutigen Demonstrationen am Domplatz verhaftet worden waren, wurden wegen Beschimpfung der Polizei zu verschiedenen Gefängnisstrafen, 15 Tagen bis sieben Jahren verurtheilt.

Bemerkenswerth ist das Plaidoyer des öffentlichen Anklägers, welcher darauf hinwies, daß den Unruhen eine revolutionäre Organisation zu Grunde liege, welche ihre Leiter, Agitatoren und Fanatiker habe, daß jedoch die gegenwärtigen Angeklagten nicht zu diesen gehören.

In dem darauf folgenden zweiten gleichartigen Prozesse wurden 14 Angeklagte zu Gefängnisstrafen bis zu 2 1/2 Jahren verurtheilt.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Neues ist immer noch nicht vom Kriegsschauplatz zu melden, doch scheint es als ob die Amerikaner jetzt um jeden Preis einen entscheidenden Kampf mit dem spanischen Geschwader herbeiführen wollen.

Eine Depesche der „Evening World“ aus Key-Weft meldet, die amerikanische Flotte werde die Spanier

spätestens innerhalb 3 Tagen zum Ausfall zwingen. Dasselbe Blatt meldet, die spanische Flotte habe bis gestern Vormittag vor Santiago gelegen.

Depeschen aus Havana zufolge kreuzen 19 amerikanische Schiffe vor der Bucht. Man erwartet demnächst wichtige Ereignisse.

Die Admirale Schley und Sampson operiren nach der Instruction, die spanische Flotte sofort anzugreifen und zu zerstören. Ein in Key-Weft befindlicher deutscher Großkaufmann aus Havana erklärte, Gomez hätte 300 Mann Cavallerie und Garcia 200 Mann Infanterie, außerdem befänden sich westlich von Havana an 800 Insurgenten in kleinen Banden zerstreut, die schlecht bewaffnet und schlecht ausgerüstet seien. Die Spanier hätten 120,000 Mann vollkommen acclimatisirte, gut gerüstete und ausgebildete Truppen. Die Befestigungen Havanas seien vorzüglich, alle Berichte von einer Hungersnoth seien Unfuss. Havana könne nie durch eine Seeblockade ausgehungert werden. Die Admirale hätten eine schwere Aufgabe vor sich.

Die Reichstagswahlen.

Arbeit für die Wahlprüfungs-Commission.

Das mecklenburgische Ministerium hat sich mit einer Ungenirtheit, wie sie ihresgleichen sucht, über die Beschlüsse des Reichstages hinweggesetzt. Das Ministerium hat eine Verfügung erlassen, wonach die Schlichter, Rabenarbeiter und andere Saisonarbeiter nicht in den Wählerlisten des Ortes, wo sie zur Zeit beschäftigt sind, aufgeführt werden sollen!!

Die „Mecklenburgische Volksztg.“ schreibt ferner: „Uns ist aus verschiedenen Quellen die Mittheilung gemacht, daß die Wählerlisten bis heute noch nicht aufgestellt sind. Das ist eine Verletzung.“

In Schwerin i. M. war es am Freitag nicht möglich, die Wählerlisten einzuführen. Der Einzug eines dänischen Hinzgenpaares veranlaßte den dortigen Magistrat zu dieser gänzlich gefehlvollen Maßnahme.

Der Centralrat des Kreises Prenzlau amendirt etwas seine von uns mitgetheilte Bekanntmachung vom 6. Mai. Die neue Verordnung lautet:

Die Entscheidung der Frage, ob die sich im diesseitigen Kreise während der Sommermonate aufhaltenden fremden Schnitter in die Reichstagswählerlisten aufzunehmen sind, hängt davon ab, ob die Schnitter an dem Orte, wo sie sich aufhalten, einen Wohnsitz erworben haben. Ob letzteres der Fall ist, läßt sich nur im Einzelfalle beurtheilen. Regelmäßig wird die Frage wohl zu verneinen sein.

Indem ich den Ortsbehörden des Kreises, welche mit der Aufstellung der Reichstags-Wählerlisten beauftragt sind, dies mittheile, erlaube ich, die einheimischen Schnitter noch besonders darauf aufmerksam zu machen, daß die Reichstags-Wählerlisten bis inclusive 25. Mai d. J. ausliegen und es ihnen bis dahin überlassen bleibt, die Wählerlisten einzusehen und ihre event. Aufnahme in dieselbe zu beantragen.

Eine ähnliche Bekanntmachung erläßt der Obergarnitzer Landrath v. Oppen.

„In der Armen liegen sie beide.“

Die Freisinnspresse jubiliert: „Einigung im freisinnigen Lager.“ Die geschäftsführenden Ausschüsse der Freisinnigen Vereinigung und der Freisinnigen Volkspartei erlassen folgende gemeinsame Rundgebung.

Wir empfehlen:

1. In allen Wahlkreisen, wo bisher nur ein Candidat einer freisinnigen Richtung aufgestellt ist, keine zweite freisinnige Candidatur aufzustellen, sondern den Candidaten der verwandten Richtung bei der Wahl zu unterstützen.

2. Sofern in einzelnen Wahlkreisen neben dem Candidaten der freisinnigen Volkspartei ein Candidat der freisinnigen Vereinigung aufgestellt ist und eine Möglichkeit besteht, daß in Folge dessen beide Candidaten von der Stichwahl ausgeschlossen werden, sich auf denselben Candidaten zu einigen, der die größere Aussicht hat, das Mandat für den Freisinn zu gewinnen.

3. Wo noch kein freisinniger Candidat aufgestellt ist, und beide Richtungen im Kreise vertreten sind, sich nach denselben Gesichtspunkten auf einen gemeinsamen freisinnigen Candidaten, einerlei welcher Richtung, zu vereinigen.

4. Eine verächtliche Polemik öffentlich zu unterlassen, auch dort, wo zwei freisinnige Candidaten sich gegenüberstehen.

Für den geschäftsführenden Ausschuss der freisinnigen Vereinigung

Th. Barth, R. Schröder, D. Fischbeck, E. Richter.
Eugen Richter und Schröder-Barth, sie haben sich wieder gefunden. Sie haben sich viel antakelt, aber die Wahlnoth niemet die zerbrochene Freundschaft. Doch wo ist Partei Hider? Er konnte es wohl doch nicht übers Herz gewinnen, seine Hand in die des grimmigen Mannes von Tagen zu legen?

Spät kommt diese freisinnige Einigkeit, sehr spät. Die Freude darob ist den Freisinnsmännern gern zu gönnen. Denn die Herren müssen doch wenigstens vor dem Wahltag noch einmal fröhlichen Hergens sein. Nach der Wahl mag gemeinsames Gerleid sie verbinden, oder richtiger: sie zu neuen Schwärmeln wider einander treiben!

Auf satirischen Beschl!

Im Wahlkreis Dittweiler-St. Wendel-Riesenheim candidirt gegen Zachern von Stumm, trotzdem er sich für Erhöhung der Kornzölle ausgesprochen hat, ein Wandlercandidat. In einer Wählerversammlung sprach nun der Bürgermeister Stein in Wiederkehrheim — dessen Sohn in Stummischen Diensten steht — für Herrn von Stumm und erklärte dabei:

Freiherr v. Stumm candidirt nur deshalb wieder, „weil von allerhöchster Stelle dieser Wunsch ausgesprochen sei, der jedem guten Deutschen Beschl sein muß!“

Da sind die lieben Wähler nun in einer bösen Lage. Wenn der Kaiser die Candidatur Stumm besohlen hat, so müßten sie natürlich gehorlich zurücktreten. Sie werden doch nicht den Beschling des Kaisers gegen dessen Beschl verdrängen wollen? Sie werden doch als unzuverlässige Monarchisten nicht sagen wollen: Hier paßt uns des Kaisers Wunsch nicht, hier kümmern wir uns nicht darum?

Die deutsche Friedensgesellschaft

empfehlen zu den Reichstagswahlen ihren Ortsgruppen und Mitgliedern, den Candidaten die Fragen vorzulegen, ob sie bereit seien, im Falle ihrer Wahl bei jeder Gelegenheit für das Prinzip schiedsrichterlicher Schlichtung von Streitigkeiten zwischen den Völkern einzutreten, und ob sie der Interparlamentarischen Friedensconferenz beizutreten gedenken. „Es dürfte — heißt es in der Mittheilung — auch abgesehen von der praktischen Unternehmung solcher Kandidatenwörter, die die Fragen bejahen, durch die zahlreichen Friedensfreunde — nicht uninteressant sein, die Meinung der künftigen Parlamentarier über die Friedbewegung kennen zu lernen.“

Es wird nicht gesagt, daß die Friedensfreunde nun auch die Candidaten unterstützen sollen, die die Fragen bejahen; da könnte man ja in die Nothwendigkeit verjetzt werden, einen Socialdemokraten wählen zu müssen. Und man kann von einem Manne wie Dr. Max Hirsch, der jetzt Vorsitzender der Gesellschaft ist, nicht verlangen, daß er den Rath hat, die

Wahl von Socialdemokraten zu empfehlen. Am dem Kernpunkt der Friedensfrage brühen sich die Deutschen denn auch höchst gerum. Das ist die Bekämpfung des Militarismus zu Wasser und zu Lande. So lange die Welten in ihrer Waffenrüstung zu ersticken drohen und die Friedensfreunde nicht den Rath haben, dem Militarismus den Vortritt höher zu hängen, ist mit der platonischen Liebe für die Schiedsgerichte nichts gewonnen.

Es dümmert. In einem Wiesbadener katholischen Blatte liest man: „Besuchen wir aber heute eine socialdemokratische Versammlung, so begegnen wir selbst an Wochentagen einer gewissen Eleganz in der Kleidung, durchgängig aber Wohlstandigkeit, Höflichkeit, Zuberkommenheit. Vielleicht sind es nicht in letzter Linie diese Eigenschaften, denen die Socialdemokratie ihr Wachsen mit verdankt.“ Schau, schau, das lautet ja auf einmal ganz anders, als sonst die schwarzen Agitatoren im Lande schelten!

Gelehrtes aus der Wahlbewegung. Der Kampf mit geistigen Waffen — ein dummes Streich. Der Reichstagscandidat der Conservativen und des Bundes der Landwirthe im 10 schlesischen Wahlkreis (Dobbin-Waldheim), der Rüstergutbesitzer Raumann in Sitten, lehnte eine Einladung zu einer Wählerversammlung in Peitz ab und begründete die Ablehnung in seinem am das socialdemokratische Wahlcomite gerichteten Schreiben unter Anderem mit folgender Selbstcharakterisierung: „Wenn man das 50. Lebensjahr überschritten hat, ist man zu solchen Streichen auch nicht mehr disponirt.“ Natürlich — die Agrarier sind auch schon in längeren Jahren nicht disponirt zum Kampf mit geistigen Waffen, denn die Pflege des geistigen Verkehrs mit dem Volke ist ihnen ein Ereuel ihr Lebenslang. Einen herberer Spott auf den Ausruf zum Kampf mit geistigen Waffen, wie er heute noch hier und da von Gegnern der Socialdemokratie bekehrt wird, konnte Herr Raumann kaum äußern.

Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde gestern vom Dresdener Landgericht der 65 Jahre alte Schiffsbauer Reinhold Weise von hier zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt. Wildern war bei Abmessung der Strafe die Trunkenheit des Angeklagten bei Verübung der Straftat in Betracht gezogen worden. Unberücksichtigt fiele seine vielen Vorstrafen wegen Beleidigung, Körperverletzung u. ins Gewicht. Das eiserne Kreuz und die sonstigen militärischen Dienstauszeichnungen, die er stolz auf seiner Brust trug, machten auf den Gerichtshof unter diesen Umständen keinen besonders starken Eindruck. Die Verhandlung fand hinter verschlossenen Thüren statt.

Von der Strafkammer des Landgerichts in Schweidnitz wurde der in Untersuchungshaft befindliche Maurer August Franke von der Anklage, den Kaiser beleidigt zu haben, freigesprochen. Der Gerichtshof hielt die Aussage des Belastungszeugen nicht für ausreichend glaubwürdig, um darauf eine Verurtheilung auszusprechen zu können. Die Entlassung aus der Untersuchungshaft erfolgte sofort.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde vor etwa vier Wochen der Hofbesitzer Niens aus Borsum zu der gefällig niedrigen Strafe verurtheilt. Auf dem Gnadenwege ist nunmehr, wie die braunschweigische „Landes-Ztg.“ berichtet, diese Strafe in eine Geldbuße von 100 Mk. umgewandelt worden.

Am Sonntag wurde unser Bruderblatt, die Mecklenburgische Volkszeitung, von der Kofstoder Polizei beschlagnahmt. Gestern bestätigte das Gericht die Beschlagnahme wegen angeblicher Majestätsbeleidigung.

(Ende der Abdruck: Volkstige Ueberricht.)

Arbeiterbewegung.

Der christliche Arbeiterverein Oberschlesiens

(Hauptst. Beuthen) hielt nach der „Rattw. Jtg.“ Sonntag Nachmittag in Zelenze eine Wanderversammlung ab, welche sehr stark besucht war. Die Verhandlungen fanden nur in polnischer Sprache statt. Der Vorsitzende des Hauptvereins, der Hüttenarbeiter Dombrowski aus Kofsborg, hielt eine 1 1/2 stündige Rede. In derselben hob er zunächst hervor, daß der Gesamtverein jetzt 8000 Mitglieder zähle. Das Vereinsvermögen beläuft sich auf 41,000 Mk. Dombrowski trat alsdann für folgende Forderungen ein: achttägige Arbeitszeit (für Grubenarbeiter sechs Uhr früh Einsahrt, zwei Uhr Nachmittags Ausfahrt), Einrichtung von Badesanstalten bei den Gruben und Werken und Aufstellung von staatlichen Controlleuren. Die Anwesenden erklärten sich mit diesen Forderungen einverstanden. Es wurde beschlossen, die Regierung zu ersuchen, ein Gesetz auszuarbeiten und in Kraft treten zu lassen, welches all diesen Anforderungen gerecht wird. Eventuell sollen die Wünsche dem Reichstage zur Berücksichtigung unterbreitet werden. — Die armen Capitalisten. Nun wollen sich auch die polnischen Arbeiter nicht mehr ins Ungemessene schinden lassen. Es ist die höchste Zeit, daß den Grubenbesitzern ein Retter in der Noth ersieht. — Unnötige Sorge, zu was sich denn das Centrum im Reichstage und in Oberschlesien?

Berlin. Die Arbeiter bei der städtischen Canalisation beschlossen in einer am 22. Mai stattgefundenen Versammlung, ernsthafte Schritte behufs Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu unternehmen. Bereits 1891 wurden bei dieserhalb bei ihrer vorgesetzten Behörde vorstellig, jedoch ohne Erfolg. 1893 lehnte man gleichfalls ihre gestellten Forderungen ab. Im vorigen Jahre richteten sie eine Petition an die Deputation der Canalisationswerke und Rieselfelder, welche denselben Zweck verfolgte. Hieran wurde ihnen von Mitgliedern der genannten Körperschaft, sowie auch von dem kürzlich zurückgetretenen Director Goldowsky versprochen, daß ihre Forderungen in dem Statsjahr 1898/99 berücksichtigt werden sollten. Noch wenige Tage vor seinem Austritt hat der Director Goldowsky zu Arbeitern ausdrücklich erklärt, daß sie vom 1. April cr. ab eine Lohnzulage von 20 Pf. pro Tag erhalten sollen. Mit dem 1. April d. J. begann das Statsjahr 1898/99; die versprochenen und erhofften Zulagen sind jedoch nicht erfolgt, weshalb die interessirten Arbeiter den oben erwähnten Beschluß faßten. Eine Commission soll zunächst beim Magistrat anfragen, aus welchen Gründen die genannten Versprechungen nicht erfolgt sind, bestimmte Forderungen formuliren und diese, wie die weiter zu unternehmenden Schritte, einer demnächst stattfindenden Versammlung unterbreiten. — Also ein siebenjähriger, allerdings friedlicher Lohnkampf, hat zu keinem Resultat geführt. Da geht es mit der Gehaltsverhöhung der Obergemeinder freilich weiter.

Aus aller Welt.

Zum Grubenbrand bei Dortmund wird noch berichtet: Die Gesamtzahl der Opfer der Katastrophe in der Zeche Holtern beträgt 43 Tote, 6 Verwundete.

Zu der Katastrophe schreibt uns unser Mitarbeiter aus Essen: Noch sind die Wunden, die das furchterliche Unglück auf Westfalensgruben geschlagen hat, nicht vernarbt, und schon wieder erlösende Weherufe. Fünzig Bergleute sind wieder einmal Opfer ihres Berufes geworden.

Unglaublich war der Opfernuss der herbeilebenden Rettungsmannschaften. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Beamten der Zeche sich unerschrocken in den vorbereiteten Reihen hervorkamen.

Beim Exerciren ließ ein Gefreiter des Infanterieregiments in Stendal die Lanze fallen. Mit der Spitze nach oben behielt sie sich in den Längen. Der Soldat stürzte vom Pferde und mit dem Kopf in die Lanzenspitze hinein.

Beim Baden gerieten in der Weichsel in der Nähe des Dorfes Kuzebrod zwei junge Leute in einen Strudel und ertranken. Ein dritter junger Mann, der sich ebenfalls in der Gefahr zu ertrinken befand, wurde durch einen Knaben gerettet.

Ein Brand, der in Folge von Unvorsichtigkeit entstanden war, zerstörte in der Gemeinde Toerpenn in Siebenbürgen 630 Häuser. Ueber tausend Familien sind obdachlos.

Der Capitän der auf dem Wege nach Marseille befindlichen englischen Bark „Monte Allegro“ ist auf hoher See von dem ersten Schiffsarzt ermordet worden. Die Besatzung legte den Mörder in Fesseln.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 25. Mai 1898.

Zur Reichstagswahl.

Essentielle Wähler-Versammlung.

Am ersten Pfingstfeiertage, Vormittags 11 Uhr, wird der Candidat der Socialdemokratie für den Reichstagswahlkreis Breslau-Dst Reichstagsabgeordneter Franz Tugauer

im großen Saale des „Livoli“ (Neudorfstraße) einen Vortrag halten über die kommenden Reichstagswahlen. Selbstverständlich giebt es dann freie Discussion, auch für Gegner!

Wir dürfen wohl bestimmt auf den zahlreichen Besuch der Breslauer Wähler rechnen. Auch Frauen haben Zutritt. Wirke jeder Genosse für einen glänzenden Besuch der Versammlung.

Parteigenossen!

Denkt an den Wahlfond! Der Wahlkampf erfordert Geld, Geld und nochmals Geld!

Das Wahlbureau der socialdemokratischen Partei befindet sich im Vereinszimmer in Edlich's Brauerei „In den drei Tauben“, Neumarkt 8 und Ziegengasse 1, und ist täglich geöffnet von Vormittags 8 bis Abends 8 Uhr, Sonntags von 8 bis 2 Uhr Nachmittags. Unentgeltliche Auskunft in allen Reichstagswahlangelegenheiten.

Briefe u. an den Vorsitzenden Paul Heppner, Gelder nur an den Kassirer Gustav Tige, daselbst.

An die Frauen des werththätigen Volkes!

Der Ausfall der in wenigen Wochen stattfindenden Reichstagswahlen wird von höchster Wichtigkeit für die fernere Gestaltung Eures und Eurer Kinder Leben sein. Rechtlos, Eures Geschlechts wegen, seid Ihr doch nicht machtlos. Es kommt darauf an, Eure Macht richtig zu entfalten und an der rechten Stelle anzuwenden, damit die Gelüste, die im verflochtenen Reichstage nach weiterer Knebelung des arbeitenden Volkes, namentlich der Frauen, sich breit machen, sich nicht wieder hervorwagen.

Die Nationalliberalen haben in einer gestern Abend im „Mönchshof“ tagenden Versammlung ihres Wahlvereins beschlossen, für den Wahlkreis Breslau-West als national-liberalen Candidaten Herrn Professor Rauffmann-Breslau aufzustellen.

Ordnungsparteiliche Lügenpeter.

In einem gewissen Theile der „Ordnungspresse“, zumeist in conservativen und antimilitarischen Blättern, wird fortgesetzt

behauptet, die Socialdemokratie habe gegen die Wuchergesetze gestimmt. Diese Lüge ist der Hülleschen Schundwarenfabrik entnommen, die sich besonderer Protection erfreut. Bereits Ende September vorigen Jahres haben wir das Endelwerk niedriger gehalten und geschrieben: „Ob Herr „Prediger“ Hülle diese Lügen in die Welt setzt, ist für uns gleichgiltig. Anders steht es mit dem Staatssecretär des Reichsamts des Innern und Herrn Gabel, dem Präsidenten des Reichsversicherungsamtes. Beide sind Reichsbeamte und haben die Hülleschen Machwerke als „patriotische“ empfohlen.

Auch die uns scharf entgegenstehende Presse gab darauf zu, daß die Behauptung des Hülleschen Flugblattes über die Stellung der Socialdemokratie zum Wucher eine falsche sei. Nur die oben charakterisirte „Ordnungspresse“ hatte die dreiste Stirn, die Hülleschen Lügen zu wiederholen und zu ihrer Verbreitung aufzufordern.

Nachdem ich eine Anzahl von Citaten aus den Hülleschen Schriften in den Zeitungen gelesen habe, habe ich mir allerdings erlaubt, daß einzelne Behauptungen darin sind, die ich für thörsächlich unrichtig halte, wie zum Beispiel die Behauptung, die Socialdemokratie habe den Wucher begünstigt, das ist eine Behauptung, die absolut nicht ausreicht zu halten ist.

Trotz dieser unzweideutigen Erklärung gehen auch jetzt noch Conservative und Antisemiten mit den selben unwahren Behauptungen hauffren, wie wir aus ein-r Reihe auch jetzt noch verbreiteten Flugblättern ersehen. Demnach besitzt diese Presse eine derartige Unverfrorenheit zu lügen und zum Lügen aufzufordern, wie sie uns selbst von der niedrigsten Revolverpresse noch nicht aufgestoßen ist.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, ersucht uns Herr A. Schulz-Berlin, der frühere antisemitische Candidat für Breslau-Dst, berichtigend mitzutheilen, daß er selbst seine Candidatur zu nächst niederküßte sich gezwungen sah und zwar wegen augenblicklicher Krankheit.

Table with 10 columns: Wählerzahl, Conf., Reichsp., Part., Reichs., Verf., St. Sp., Str., Soc., Reichs. It lists election statistics for various regions like Lüben, Bunzlau, etc.

Sozialdemokratischer Candidat: Tischler Hermann Stolpe in Grünberg.

Trinkgeld für Reichstagswähler.

Aus den Acten eines Strafprozesses entnehmen wir folgendes, auf die Reichstagswahl im Jahre 1893 Bezug habendes Geschichtchen: Dem Kohlenhändler Karl Kirchner in Heidersdorf, Kreis Nimptsch, war eines Tages das Pferd in den Dominialteich gelaufen. Das sah der Eigentümer, Rütergutsbesitzer v. Reiser. Es entspann sich nun zwischen den Weiden ein Wortwechsel, wobei Kirchner vom Rütergutsbesitzer Reiser durch einige anzügliche Worte gereizt wurde.

ohne Wissen Reiser's ein Trinkgeld von je 30 Pf. gegeben worden.“ Die weiteren Ausführungen interessieren uns nicht, das hier Mitgetheilte genügt aber vollständig, um zu zeigen, wie conservative Wähler zu Stande kommen. Ob dieselben von den Herren oder von deren Beamten gemacht werden, das ist am Ende gleichgiltig.

Militärische Übungen zur Zeit der Wahl wird es auch in Schlesien geben. Der „Niederschlesische Anzeiger“ berichtet aus Glogau: „Bei dem hiesigen 58. Infanterie-Regiment sind eine Anzahl Reservisten, wie wir aus einer uns vorliegenden Einberufungsordre ersehen, zum 21. Juni zu einer vierzehntägigen Übung einberufen worden.“

Aus dem Wahlkreis Götlich schreibt man uns: Die Wahlbewegung ist auch hier im vollen Gange und es ist auch wieder wie immer, daß wir Socialdemokraten die Ersten und auch am rühmlichsten sind. Zwei Mal schon wurde der Kreis mit einer Auflage von je 30,000 Exemplaren Flugblätter belegt und Versammlungen fanden in Klauscha, Friedersdorf am Durck, Langenöls, Penzig, Tiefenfurth und Rothwasser statt.

Gegen die Freisprechung unseres Genossen Jultus Bruhns von der Anklage, das Zwidauer Schöffengericht durch die in der „Volkswacht“ enthaltene Kritik eines Urtheils beleidigt zu haben, hatte die hiesige Staatsanwaltschaft bekanntlich Revision beim Reichsgericht angemeldet.

Abänderung der Sommerferien. Da auf eine Petition Seitens hiesiger Bürger das Königliche Provinzial-Schul-Collegium die Sommerferien für die höheren Lehranstalten um acht Tage verlegte, hat jetzt auch die hiesige Schuldeputation bestimmt, daß für die hiesigen Volksschulen die Sommerferien ebenfalls erst acht Tage später beginnen, so daß der Schulschluß auf Sonnabend, 9. Juli, der Schulanfang auf Montag, 8. August fällt.

Pöblicher Tod unter elendlichen Umständen. Die „Bresl. Btg.“ berichtet: Die Friedrichstraße 24 im ersten Stock wohnende Stickerin Anna L. meldete in vergangener Nacht der Polizei, daß auf der Treppe ihres Hauses ein unbekannter Mann erstickt liege.

Der Leiche stand weißer Schaum vor dem Mund. Ein Arzt stellte vorläufig als Todesursache Herzschlag fest. Die Anna L., die den Mann erst gar nicht kennen wollte, bequeme sich schließlich dazu, auszusagen, daß sie ihn auf der Kaiser Wilhelmstraße getroffen und ihn mit in ihre Wohnung genommen habe. Hier sei er plötzlich ohnmächtig zusammengebrochen, sie habe ihn deshalb auf das Sopha gelegt und mit Wasser bespritzt. Da er aber auch dann kein Lebenszeichen von sich gegeben, habe sie ihn aus der Wohnung getragen und auf die Treppe gelegt.

Schicksalige Eddung. Im Februar d. J. wurde von dem Restaurateur Karl Scholz, der an einem schweren Blasenleiden laborirte, aber gegen alle approbirten Kerze ein unbesiegbares Vorurtheil hegte, der Majstor August Knittel als ärztlicher Beistand zu Nothe gezogen und dieser, der nach seiner eigenen Meinung die nöthigen Kenntnisse und die erforderliche Geschicklichkeit besaß, übernahm denn auch die Behandlung, machte aber dabei einen so verhängnißvollen Mißgriff, daß der Patient einen schweren Körperlichen Schaden davontrug.

Unfall. Auf dem Universitätsplatz wurde eine Frau, welche einen Kinderwagen vor sich her stieß, durch einen ihr entgegenkommenden Pferdebesitzer erfaßt und zur Seite geschleudert. Der Kinderwagen schlug um und das Kind fiel auf die Straße; dasselbe hat aber anscheinend keine schweren Verletzungen erlitten.

Ein 66 Jahre alter Schuhschneidermeister, als er in seine auf der Antonienstraße gelegene Wohnung zurückkehren wollte, aus dem ersten Stockwerk in den verfallenen Hofraum hinab, wo er sich einen Stadelbruch zuzog. Er wurde gleich in das hiesige Krankenhaus gebracht, ist dort aber bald nach der Entlassung gestorben.

Standesamtliche Nachrichten.

Stehlen wurde: einer Dame von der Neuen Laubhien- straße in einem Wagen der elektrischen Straßenbahn aus ihrer Rock- tasche ein Portemonnaie mit 14 Mark.

Herabfallenden Kohlenmassen verschüttet. Der Häuer Biela erlitt eine Verletzung des linken Beines und Kopfes, der Schlepper Paul Michalski einen Bruch des Beckens und mehrfache Contusionen.

Geburten. I. Tausendner Robert Fischer, kath. Wälderstr. 3, mit Agnes Otto, ev. Gräbischenerstr. 53.

Neueste Nachrichten.

Sachsen, 23. Mai. Wirkung der vom Centrum betriebenen „Aufklärung“. Am Sonnabend kam eine Frauensperion mit einem Manne, die später als die Arbeiterin Victoria Kaiser und deren Schwager Franz Gurka aus Chropaczow bei Beuthen ermittelt wurden.

Sachsen, 24. Mai. In vergangener Nacht ist auf Seche „Jollern“ noch ein an den Rettungsarbeiten beteiligter Bergmann todt zu Tage gefördert worden. Die Gesamtzahl der ums Leben gekommenen beträgt 44.

Todesfälle. III. Alex, S. des Maurers Josef Hansche, 1 J. - Arbeiter Carl Schuber, 45 J. - Erich, S. des Schuhmachers Carl Schmidt, 19 J. - Auguste, F. des Maurers Gottlieb Kiefer, 7 Wochen. - Schmied Carl Seewald, 56 J. - Bauleute Hermann Scholz, 17 J. - Georg Sohn des Metzgers Otto Dornet, 11 Monate.

Wähler-Versammlung

am ersten Pfingstfeiertage, Vormittags 11 Uhr im „TIVOLI“, Neudorfstrasse 35.

Referent: Reichstagsabgeordneter Franz Tutzauer. Freie Diskussion. Entrée 10 Pfg. Frauen sind eingeladen. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Lobe-Theater. Gastspiel des Ibsen-Theaters. Mittwoch: „Gespenster“. Donnerstag: Zum ersten Male: „Erdbecker“.

G. A. Opelt, Knopfhandlung. Breslau, Janfernstraße 28-29. hochfeine Damenknöpfe an Mäntel, Jaquettes etc.

Gute Sofas. Harter, Leder, rechte Arbeit, unübertroffen. G. Koernerhase, Markt 45.

Schneidige Maschinen!!! wird jeder Kenner ausruhen, welcher die 98er Modelle Drais-Fahrradwerke, Mannheim, zu Gesicht bekommt.

Breslauer größtes Specialhaus für Damenputz. Enorme Auswahl elegant und chic garnierter u. ungarnter Damen- und Mädchen-Hüte.